

Antrag Nr. 2

**der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]
an die Vollversammlung der Arbeiterkammer**

Gegen Arbeitszwang, Dumpingsektoren und Deportationsbestimmungen

Mit dem aktuellen Regierungsprogramm soll unter dem Titel „Arbeitslosengeld NEU“ eine nun österreichische Version des berühmten deutschen „Hartz IV“-Modells Einzug halten.

Ein drastischer sozial-reaktionärer Umbau, der darüber hinaus unter gewerkschaftlichem Blickwinkel im Speziellen auch noch durch zwei besonders brisante und menschenverachtende Punkte charakterisiert ist.

Zum einen durch die Einführung einer „*Arbeitspflicht*“ – sprich: einem Zwang zur gemeinnützigen Tätigkeit, außerhalb eines regulären Jobs. Wer gegen diesen Arbeitszwang verstößt oder diese Zwangsarbeit verweigert, dem steht die „*Kürzung bzw. vollständige Sperre der Sozialhilfe (Mindestsicherung)*“ bevor.

Über diese skandalöse Arbeitspflicht hinaus, würde damit gesetzlich zugleich ein Dumpingsektor mit „Ein-Euro-Jobs“ geschaffen. Aber: nur weil eine Arbeitstätigkeit gemeinnützig ist, darf sie nicht einfach arbeitsvertraglichen Regelungen entzogen werden!

Noch menschenverachtender und ein weiterer brachialer Hebel zur Schaffung eines Niedriglohnssektors auf Teufel komm raus, ist zum anderen die Drohung, Langzeitarbeitslosen die Aufenthaltsbewilligung zu entziehen. Damit würden KollegInnen ohne österreichischen Pass (von denen viele zudem seit langem ihren Lebensmittelpunkt im Land haben) bei längerer Arbeitslosigkeit nun mit angesetzter Daumenschraube politischerseits regelrecht gezwungen, jede nur erdenkliche Arbeit anzunehmen.

Das Regierungsprogramm beinhaltet hierzu denn auch ausdrückliche direkte Deportationsbestimmungen: „*Obligatorische Beratung zur Rückführung in das Heimat- oder Herkunftsland*“ bzw. „*Obligatorische fremden- und niederlassungsrechtliche Überprüfung*“.

Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer:

- Die AK spricht sich klar gegen die Einführung eines österreichischen „Hartz IV“ aus
- Die AK tritt gegen die geplante skandalöse Arbeitspflicht sowie gesetzlichen Vorhaben zur Schaffung von Dumpingsektoren ein

- *Die AK wird den geplanten Deportationsbestimmungen und –Maßnahmen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenreten*